

Bereits unmittelbar nach dem Massaker an über 1'200 israelischen Zivilisten am 7. Oktober 2023 war die IDF ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil es teilweise zehn und mehr Stunden gedauert hatte, bis Armeeeinheiten den von der Hamas angegriffenen Kibbuzim zu Hilfe eilten.

Die Kritiker sagten, die Regierung habe in den Monaten vor dem Angriff zahlreiche Armeeeinheiten aus der Nähe des Gazastreifens, von wo aus die Hamas die Kibbuzim attackierte, ins Westjordanland verlegt, um die dortigen Siedlungen zu schützen. Dies, weil deren rechtsnationalistische und ultrareligiöse Bewohner der Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu politisch näher stünden. Auch wurden Vorwürfe laut, Warnungen vor einer möglichen Aktion der Hamas seien nicht ernst genommen worden.

Wann mit der Untersuchung begonnen wird, steht noch nicht fest. Es ist indessen davon auszugehen, dass dies erst nach Beendigung der Kämpfe zwischen der IDF und Hamas im Gazastreifen der Fall sein wird. Derartige Untersuchungen sind in Israel nicht neu. Auch nach dem Jomkipur-Krieg von 1973, als Israel durch den ägyptischen Angriff überrascht worden war, wurden die Gründe für dieses Versagen minutiös aufgeklärt und Konsequenzen daraus gezogen.